

ÖSTERREICHISCHE SICHERHEITSTAGE 2001

Weiche Drogen, harter Gebrauch

Das Thema "weiche Drogen" war Schwerpunkt bei den "Österreichischen Sicherheitstagen 2001" in Leogang, Salzburg.

Mediziner, Rechtswissenschaftler und Sicherheitsexperten suchten bei den Österreichischen Sicherheitstagen 2001 vom 17. bis 19. Oktober im "Krallerhof" in Leogang Antworten auf das Problem mit "weichen" Drogen.

"Wie weich sind weiche Drogen?" lautete der provokante Titel der Podiumsdiskussion. Es gibt illegale und legale Drogen; gefährliche und weniger gefährliche; aber es gibt keine "weichen" Drogen. Das war der Tenor der Experten am runden Tisch. "Man muss das Thema weiche Drogen entideologisieren und entpolitisieren und auf eine wissenschaftlich-sachliche Ebene bringen", forderte KSÖ-Präsident Mag. Michael Sika.

Die Podiumsdiskussion solle der Anfang einer breiten Diskussion sein – abseits der Politik. "Wir wollen wissen, wie es in der Drogenpolitik vernünftig weitergehen soll", sagte Sika. "Wir haben eine Verhärtung der Positionen in Österreich. Die einen sagen aus politischem Kalkül hü und die anderen hott. Daraus kann kein einheitlicher Galopp entstehen sondern ein Zick-Zack. Die gesamte Drogenproblematik sollte aus der Politik verschwinden, sondern erst dann zurückkehren, wenn die Politik zu entscheiden hat, was zu tun ist", betonte der ehemalige Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit. "Wir können nicht mit verschiedenen Betrachtungsweisen Gesetze machen. Wir müssen zu einem Konsens kommen", forderte Sika, "illegale Drogen sind ein gewaltiges gesellschaftliches Problem, das mehr denn je auf eine Lösung wartet."

"Die Terminologie ist absurd. Wir sprechen von legalen und illegalen Drogen und nicht von weichen Drogen", sagte Univ.-Prof. Dr. Gabriele Fischer, Leiterin der Drogenambulanz des Wiener Allgemeinen Krankenhauses. "Ein harter Stein ist gefährlich, aber man kann auch in einem weichen Moor versinken." Probleme seien auch der zunehmende Kokainkonsum und das Mehrsuchtverhalten. Fischer berichtete aus einer Erhebung in einer Justizanstalt in Wien. Im Jahr 1993 sei nur ein Prozent der Insassen suchtkrank gewesen; 2001 hätte es elf Prozent Suchkranke gegeben. "Das Gefängnis ist der falsche Platz für Abhängige, es ist auch der teuerste." Fischer hält "die Besessenheit in Bezug auf Drogen für problematisch. Wir schauen auf Drogen, nicht auf Menschen. Der große Teufel ist die Abhängigkeit. Das ist das Gefährliche an der Geschichte."

Alkohol und Nikotin zählten zu den gefährlichsten Drogen. "Aber wenn man Alkohol weich gebraucht, etwa einmal im Monat, dann ist er ungefährlich." Das könne man auch auf illegale Drogen übertragen. "Wir brauchen eine Zielgruppen orientierte Prävention", forderte die Wissenschaftlerin, "sonst gehen wir am Ziel vorbei." Bei Cannabis sollte man "nicht kapitulieren, wie es die Schweizer offenbar tun", forderte Dr. Reinhard Fous, Chefarzt der Wiener Polizei. "Man kann auch nicht sagen, legalisieren wir die Autodiebstähle, nur weil wir sie nicht aufklären können."

"Es gibt keine weichen Drogen", stellte Univ.-Prof. DDr. Walter Hauptmann vom Institut für Rechtspsychologie der Universität Salzburg klar. Es gebe Hanfpflanzen mit 25 Prozent THC-Gehalt und mehr. Haschischöl beinhalte 80 Prozent des Wirkstoffs THC. "Ist das noch eine weiche Droge?", fragte der Rechtspsychologe. Für einen Kriminalpolitiker sei der Begriff wenig hilfreich. "Wenn man davon ausgeht, dass auch nur ein kleiner Prozentsatz der Cannabis-Konsumenten zu harten Drogen umsteigt, ist das noch immer eine große Zahl." Der Jugendschutz dürfe sich nicht auf illegale Drogen beschränken, sondern müsse auf legale Drogen erweitert werden, forderte Hauptmann.

"Wir können uns Cannabis nicht weg wünschen, sagte Univ.-Prof. Dr. Alfred Uhl vom Ludwig Boltzmann-Institut für Suchtforschung. "Zehn Prozent der Menschen werden Alkoholiker, 16 Prozent der Männer. Trotzdem haben wir kein Problem, wenn man ein Glas Wein trinkt." Es sei "sogar leichter, bei illegalen Drogen Nein zu sagen, als beim Alkohol".

"Der Trinkzwang kann in Österreich nicht weggeleugnet werden", gab Univ.-Prof. Dr. Alfred Springer vom Ludwig Boltzmann-Institut für Suchtforschung zu bedenken. Der Anteil der Jugendlichen, die zu Drogenkonsum verführt werden, sei dagegen gering, sagte Springer. Der Bereich der weichen Drogen sei ein emotionales und kontroversiell diskutiertes Thema, betonte Univ.-Doz. Dr. Ernst Agneter. "Da kommt Ideologie ins Spiel, die in der Wissenschaft nichts verloren haben." Aus wissenschaftlicher Sicht gebe es keine weichen Drogen, sagte der Pharmig-Wissenschaftler: "Ich habe ein Problem mit dem Begriff weiche Drogen. Weich ist ein umgangssprachlicher Begriff, der manipulativ ist: Das ist weich, das kann man ohnehin verwenden."

Aufgabe der Toxikologie sei es, Vergiftungsgefahren aufzudecken und einzudämmen. Es gebe kaum Möglichkeiten gezielter Studien, weil der Konsum dieser Substanzen verboten ist, bedauerte Agneter. Auch beim Konsum weicher Drogen bestehe das Risiko einer schweren Gesundheitsbeeinträchtigung bis hin zu bleibenden Schäden der Nachkommenschaft. So könnten höhere Cannabis-Dosen Halluzinationen verursachen, Panik, Delirien und Vergiftung bis hin zur toxischen Hepatitis und akutem Nierenversagen. Die Wirkung von Ecstasy liege zwischen jener von Amphetaminen und Halluzinogenen; die Droge wirke antriebssteigernd, mache wach, je nach Dosis führe die Einnahme zu Mundtrockenheit, Übelkeit, Schwindel, Muskelkrämpfen, Schlaflosigkeit und Koordinationsstörungen. Viele Tabletten würden schädliche Substanzen enthalten.

Sucht entstehe immer dann, "wenn Menschen nach Belohnung suchen, wenn Selbstbelohnung durch Substanzen nachgeahmt wird", erläuterte Agneter. "Nicht jeder, der weiche Drogen konsumiert, wird später zum Junkie. Aber fast jeder, der von harten Drogen abhängig ist, hat einmal mit Alkohol, Cannabis, Ecstasy oder Nikotin begonnen."

Wer weiche Drogen konsumiere, zeige zumindest eine gewisse Bereitschaft, Gefühlszustände mit Substanzen zu manipulieren. "Der Kontakt Jugendlicher mit Drogen ist heute eigentlich nicht vermeidbar", sagte der Toxikologe.

Wo bei Drogen ein kultureller Hintergrund bestehe, hätten die Menschen gelernt, damit umzugehen, erläuterte Toxikologe Agneter. Mit der Freigabe bestimmter Drogenarten werde ein zusätzliches Problem geschaffen. Bei Stoffen, die der Staat verfügbar mache, gehe der Konsument davon aus, dass sie "harmlos und sinnvoll" seien. "Schneller, höher, weiter" gelte auch für Drogen. Wenn der Kick des Verbotenen wegfalle, brauche man etwas Besseres, betonte Agneter: "Man sieht es im täglichen Leben: Es muss immer mehr nachkommen."

Die synthetische Droge Ecstasy hat eine über 100-jährige Geschichte. 1898 erfunden, wurde diese Substanz im Jahr 1913 von Merck unter dem Begriff MDMA als Appetit-Zügler patentiert. In den 50er Jahren gab es in den USA Experimente mit MDMA als Wahrheitsdroge. 1965 machte der Wissenschaftler Dr. Alexander T. Shulgin Selbstversuche mit dieser Substanz. Bis in die 80er Jahre war die Droge auf esoterische Kreise beschränkt; 1981 erhielt der Stoff den neuen Namen Ecstasy. Fünf Jahre später wurde es verboten, ab 1987 verbreitete sich Ecstasy massiv in der Rave-Szene.

POLIZEI

Suchtprävention

Drogenprävention brauche sehr viel Zeit, erläuterte Christian Doneis von der Kriminalpolizeilichen Beratung der Wiener Polizei. Zielgruppe seien vor allem Jugendliche; in das Präventionskonzept einbezogen würden auch legale Drogen.

Eltern setzten sich mit Drogen nicht auseinander, kritisierte Doneis. Legale und illegale Drogen seien "verfügbar wie nie zuvor". Die ersten Fragen bei einem Suchtproblem seien: "Wie gehen wir alle mit Drogen um? Welche Vorbildwirkung haben wir im Umgang mit Drogen?"

Die strengste Polizei, Lehrer und Eltern könnten nicht verhindern, dass Jugendliche Drogen ausprobieren. "Was wir als Repression betreiben, ist Schadensbegrenzung. Es ist wichtig, Ursachen zu erkennen. Wir versuchen die Schulen zu animieren, selbst Projekte zu initiieren. Repression und Prävention sind auch bei der Polizei kein Widerspruch", resümierte Revierinspektor Doneis.

Die Berater der Wiener Polizei haben bisher Zehntausende Schüler, Eltern und Lehrer für das Drogenproblem sensibilisiert.

Drogen im Straßenverkehr

Eine Analyse im schweizer Kanton Bern ergab, dass der Anteil der Lenker, die durch illegale Drogen beeinträchtigt waren, etwa zehn Prozent der Zahl der durch Alkohol beeinträchtigten Autofahrer betrug. 15 Prozent hatten gleichzeitig Alkohol und illegale Drogen konsumiert. Eine Auswertung des Bundesministeriums für Inneres ergab, dass im Jahr 2000 in Österreich 477 Autolenker angehalten wurden, die durch illegale Drogen beeinträchtigt waren.

Der überwiegende Teil (433) der Drogenlenker waren Männer. 325 aller Drogenlenker hatten Cannabis konsumiert; 89 Opiate, 79 Kokain, 61 Amphetamin und 24 Methadon. In einer Reihe von Fällen gab es einen Mischkonsum von zwei oder mehreren Drogenarten. "Es steht außer Streit, dass man Autolenker, die durch Drogen beeinträchtigt sind, aus dem Straßenverkehr nimmt. Es ist nur mehr die Frage, wie man zu gesicherten Erkenntnissen über die Feststellung der Fahruntauglichkeit kommt", sagte KSÖ-Präsident Michael Sika.

"Ein Drogenschnelltest im Straßenverkehr ist derzeit Illusion", erwähnte Toxikologe DDr. Hans-Jürgen Battista, der in einer Arbeitsgruppe für das Innenministerium nach Lösungen zur schnellen Bestimmung von Drogenlenkern vor Ort sucht.

Polizeichefarzt Dr. Reinhard Fous berichtete, dass im Jahr 1996 in Wien 100 drogenpositive Kfz-Lenker registriert worden seien. Im Jahr 2000 seien es 263 gewesen und von Jänner bis

August 2001 mit 256 drogenbeeinträchtigten Lenkern nur etwas weniger als im gesamten Jahr davor. "Man muss Grenzwerte hinuntersetzen", forderte Fous.

Bei Patienten, die auf eine medikamentöse Therapie eingestellt sind, liege keine Beeinträchtigung ihrer Fahrtüchtigkeit vor, behauptete Dr. Gabriele Fischer. Eine deutliche Verschlechterung gebe es bei Patienten mit zusätzlichem Drogenkonsum. "Ein konstanter Spiegel bedeutet keine erhöhte Gefährdung. Der gefährliche Patient im Straßenverkehr ist jener mit beginnender Demenz oder mit Depressionen", sagte Fischer. Gefährlich im Straßenverkehr seien auch Schmerzpatienten. Bei Tranquilizern werde das Problem unterschätzt.

EUROPOL

Drogenbekämpfung

Fast die Hälfte der Europol-Aktivität betreffe die Drogenbekämpfung, erläuterte Europol-Direktor Jürgen Storbeck in seinem Referat. "Es gibt keine Entspannung im Bereich der illegalen Drogen, sondern nach wie vor einen hohen Zufuhrdruck, eine hohe Eigenproduktion und eine große Zahl an Rauschgifttoten."

Im Jahr 2000 wurden in der EU 6,6 Tonnen Heroin sichergestellt. Produziert dürften weit über 100 Tonnen worden sein. Polizei und Zoll beschlagnahmten 25 Tonnen Kokain, 650 Tonnen Haschisch und 17 Millionen Ecstasy-Tabletten. "Nur vier bis fünf Prozent der Drogen werden sichergestellt", berichtete Storbeck.

Das Drogengeschäft sei "noch immer das Kerngeschäft der organisierten Kriminalität", betonte der Europol-Direktor und wies darauf hin, dass es in Europa noch immer unterschiedliche Gesetze bei der Drogenbekämpfung gebe. "Wir haben in der EU Verdrängungseffekte. Von einem Land, in dem besonders intensiv gegen illegale Drogen gearbeitet wird, werden Drogen in einen anderen Staat verdrängt. Das hat dazu geführt, dass Zürich und Amsterdam noch immer Drogenmarktplätze in Europa sind und Frankfurt eine große Rolle spielt."

Südamerikanische Kokain-Kartelle haben ihre Produktpalette erweitert und stellen hochwertiges Heroin für den US-Markt und auch schon für Europa her. Beunruhigend sei der Anstieg von synthetischen Drogen, warnte Storbeck. Viele Konsumenten seien Kinder und Jugendliche. Studien haben ergeben, dass synthetischen Drogen zu erheblichen Gesundheitsschäden führten. Storbeck: "Die Gewinnspanne ist enorm. Mit einer Tagesproduktion können Millionen verdient werden. Ich könnte den gesamten Haushalt der EU finanzieren mit der Produktion von synthetischen Drogen."

Bei Cannabis habe die Indoor-Produktion in der EU stark zugenommen. Es bestehe ein Zusammenhang zwischen Terrorismus und Drogen, sagte Jürgen Storbeck. In Kolumbien finanzierten sich die beiden großen linksextremistischen Gruppen mit Schutzgelderpressung und Drogenhandel. Es habe Vermutungen gegeben, dass die kurdische Arbeiterpartei PKK ihren Krieg ebenfalls mit Drogen- und Schutzgeld mitfinanziere.

Mit dem europäischen Aktionsplan zur Bekämpfung des Rauschgifts 2000 bis 2004 werde versucht, Angebot und Nachfrage gleichermaßen einzuschränken, betonte der Europol-Chef. Die Drogenpolitik beinhalte auch Maßnahmen zur Rehabilitation. "Die Bekämpfung des Rauschgifts ist Teil der Außen- und Wirtschaftspolitik geworden, inklusive der

Entwicklungshilfepolitik. In Bolivien ist der Koka-Anbau erheblich reduziert worden, das Land hat dadurch außenpolitisch und finanziell sehr profitiert", berichtete Storbeck. Es stehe auch Geld der EU-Kommission für die Ausbildung der Polizei in Drogenanbauländern zur Verfügung. Es gebe einen europäisch-südamerikanischen Dialog in der Drogenbekämpfung und einen europäisch-südostasiatischen Dialog. Die Vereinten Nationen spielten dabei eine Rolle. "Langsam aber sicher kommt es in Europa zu einer Rechtsharmonisierung", erläuterte der Jurist.

Ziele der EU-Bestrebungen seien auch die Reduzierung der Produktion, sowie Trainingsprogramme in den Kandidatenstaaten zum Erkennen synthetischer Drogen. Europol unterstütze Sonderkommissionen in den Mitgliedstaaten und richte internationale Sonderkommissionen ein. Eine Sonderkommission im Bereich der Terrorbekämpfung untersucht die Auswirkungen der Terroranschläge in den USA auf die Europäische Union.

Zukunftsperspektiven. "Die Drogenbekämpfung wird ein wesentlich höherer Teil der Außen- und Wirtschaftspolitik als bisher. Die Terrorismusbekämpfung hat jetzt die Rauschgiftbekämpfung an Priorität überflügelt", resümierte der Europol-Direktor. "Wir werden mittelfristig in Europa zu einem gemeinsamen Drogenstrafrecht und -prozessrecht und zu einer gemeinsamen Drogenpolitik kommen müssen. Sonst gibt es Anziehungs- bzw. Verdrängungseffekte."

Europol werde in den Bereichen Euro-Kriminalität, Drogen, Cybercrime und Terrorismus Ermittlungsbefugnisse erhalten, nicht aber exekutive Maßnahmen wie die Möglichkeit zur Verhaftung und Beschlagnahme. Jürgen Storbeck: "Wir werden aber in Akten Einsicht nehmen können. Das wird begleitet durch eine europäische Staatsanwaltschaft."